

NEUE ZEIT



10. JAHRGANG — NR. 278

PREIS 15 PFG.
(AUSWARTS 20 PFG.)

BERLINER AUSGABE

TAGESZEITUNG DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS

BERLIN, SONNTAG
28. NOVEMBER 1954

DDR-Delegation verabschiedet

Otto Grotewohl: Konferenz wird auch Lösung des Deutschlandproblems fördern

Berlin (NZ/ADN). Am Sonnabendfrüh ist die Delegation der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unter Leitung von Ministerpräsident Otto Grotewohl zur Teilnahme an der auf Initiative der Regierung der UdSSR einberufenen Konferenz über kollektive Sicherheit in Europa vom Flugplatz Berlin-Schönefeld nach Moskau abgereist.

Zur Verabschiedung hatten sich auf dem Flugplatz u. a. der Präsident der Volkskammer, Dr. Dieckmann, die Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates Willi Stoph und Heinrich Rau, Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED, der Präsident des Nationalrates der Nationalen Front, Prof. Dr. Correns, Mitglieder des Ministerrates und des Präsidiums der Volkskammer, Vertreter der Parteien und Massen-

organisationen sowie die Chefs der diplomatischen Vertretungen in der DDR eingefunden.

Ministerpräsident Grotewohl gab vor dem Abflug eine Erklärung ab, in der er betonte, daß unsere Regierung die Einladung der sowjetischen Regierung zu der Konferenz in Moskau, auf der die Frage der Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa behandelt werden soll, mit tiefer Anteilnahme begrüßt und die Entsendung einer Delegation zu dieser Konferenz beschlossen habe.

„Die Delegation“, erklärte der Ministerpräsident, „begibt sich mit der Ueberzeugung nach Moskau, daß nur ein System der kollektiven Sicherheit in Europa die baldige Wiedervereinigung Deutschlands fördert, eine Verminderung der Spannungen in Europa bringt und die Kriegsgefahr in Europa beseitigt. Wir sind überzeugt, daß die Konferenz in Moskau auch die Lösung des Deutschlandproblems einen großen

Schritt vorwärts bringen wird. Das dient den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes. Die Mitglieder der Delegation sind entschlossen, zum Gelingen dieses großen Friedenswerkes mit all ihren Kräften beizutragen.“

In der Morgendämmerung rollte das silberglänzende zweimotorige Flugzeug schließlich in leichtem Novemberregen von der Startbahn des Flugplatzes mit Kurs auf Moskau. Die besten Wünsche und ein herzliches „Auf Wiedersehen“ waren den Delegationsmitgliedern, als sie die Kabine betraten und sich zum Abschied noch einmal umwandten, zugerufen worden. Otto Nuschke, der in festlicher Stimmung das Flugzeug betrat, erklärte dem NZ-Reporter beim Abschied:

„Vor sechs Stunden aus Stockholm zurückgekommen, freue ich mich, daß ich nun wieder als Mitglied der deutschen Delegation für die europäische Konferenz nach Moskau fliegen werde. Sie ist eine der wichtigsten Konferenzen der letzten Zeit. Sie wird klarstellen, welche Kräfte der Welt wirklich den Frieden wollen. Wer den Frieden will, kann sich seiner Sicherung nicht widersetzen.“

Ankunft in Moskau

Moskau (ADN). Die Regierungsdelegation der DDR traf zusammen mit der Delegation der Volksrepublik Polen in der sowjetischen Hauptstadt ein. Die Delegationen wurden auf dem Flugplatz von W. M. Molotow und A. A. Gromyko begrüßt. Die Leiter der Delegationen, Jozef Cyrankiewicz und Otto Grotewohl hielten kurze Ansprachen.

Weltweite Gemeinschaft des Glaubens

Prof. Hromadka über Evanston und Karl Barths Rede

Berlin (NZ). Während der Stockholmer Tagung des Weltfriedensrates gewährte Prof. Dr. J. L. Hromadka unserem G. W.-Mitarbeiter ein Interview, in dem verschiedene die Orientierung der evangelischen Christenheit betreffende Probleme erörtert werden. Das bedeutungsvolle Interview hat folgenden Wortlaut:

1. Wie beurteilen Sie die Ergebnisse der Weltkirchenkonferenz von Evanston?

Antwort: Die Weltkirchenkonferenz von Evanston könnte in mancher Hinsicht kritisiert werden. Ich möchte aber hier und heute ihren positiven Ertrag unterstreichen.

Es ist der Weltkirchenkonferenz gelungen, sich von dem sie umgebenden Lärm der amerikanischen Presse und der neugierigen Besucher zu befreien und sich auf die eigentliche Aufgabe zu konzentrieren. Wir haben in Evanston etwas von dem Angriff des Wortes Gottes und von der Wirklichkeit der Una sancta gespürt, obwohl wir dazu einen kräftigen Glaubensmut haben anwenden müssen.

Es ist auf der Weltkirchenkonferenz nicht gelungen, die dort vereinigten Kirchen zu einem „Kreuzzug“ gegen die „gottlose“ Welt des Ostens zu benützen. Selbst die meisten amerikanischen Delegierten haben sich gegen die Kreuzzugsideologie kräftig gewehrt.

Der internationale Aufruf an die Kirchen in der Sache des Friedens, der Verständigung und der unablässigen Gespräche zwischen den Regierungen der Welt wurde einstimmig angenommen und die Atmosphäre für die künftige ökumenische Arbeit gereinigt.

Als einer der zehn „Eiserner-Vorhang-Delegierten“ (Iron Curtain Delegates) darf ich außerdem noch erwähnen, daß sowohl die Leitung der Versammlung als auch die meisten Teil-

nehmer alles getan haben, um uns gegen die mehrfachen Versuche, uns den Boden unter den Füßen zu entziehen, zu schützen.

Alles wird allerdings von den Mitgliedskirchen abhängen, ob „Evanston“ als wichtiges Ereignis in die Geschichte eintreten wird oder nicht.

2. Was sollten Ihrer Meinung nach die evangelischen Kirchen jetzt tun, um den Geist der Konferenz von Evanston in praktischen Schritten Gestalt annehmen zu lassen?

Antwort: Die Kirchen müssen künftighin alle Resolutionen und Beschlüsse von Evanston nicht nur eingehend studieren, sondern auch kritisch interpretieren. Das ist nicht leicht. Wir werden ein tüchtiges, ernstes und gehorsames Bibelstudium dazu nötig haben. Evanston hat bewiesen, daß die Christenheit das Wort Gottes heutzutage ernster nimmt, als das in der ersten ökumenischen Epoche (vor dem zweiten Weltkrieg) der Fall war. Wir dürfen uns nicht mit den alten dogmatischen Definitionen, Traditionen und Institutionen — sie mögen noch so wertvoll sein — zufriedengeben. Es ist sehr nötig, daß wir die Evanstoner Beschlüsse schöpferisch und frei von unseren lokalen oder nationalen Aufgaben anwenden. Die Evanstoner Beschlüsse sind keine sakralen Orakel. In mancher Hinsicht sind sie monoton und ohne inwendiges Feuer. Aber sie haben uns etwas zu sagen. Sie bringen uns in die weltweite Gemeinschaft des Glaubens und der Hoffnung, und sie können unseren Kirchen und Völkern große Anregung geben.

3. Wie ist Ihre Meinung über die letzte Rede von Karl Barth?

Antwort: Was Karl Barth in Wiesbaden gesagt hat, liegt genau auf der Linie seiner bisherigen Tätigkeit. Er ist ein freier, innerlich befreiter Christ. Ich erwähne nur seinen an mich gerichteten Brief vom September 1938, der den wunden Punkt der damaligen Zeit genau getroffen und auf die dem ganzen Europa und der Kirche Christi drohende Gefahr hingewiesen hat. Die heutige Lage ist nicht dieselbe wie die von vor 16 Jahren. Die Geschichte wiederholt

(Fortsetzung auf Seite 2)

Glückwünsche für Albanien

Berlin (NZ/ADN). Zum 10. Jahrestag der Befreiung Albanien hat Präsident Wilhelm Pieck folgendes Glückwunschtelegramm an den Vorsitzenden des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien, Haxhi Lleshi, übermittelt:



Advent

Der Knopf funktioniert nicht mehr

AS. Im Einklang mit der sowjetischen Note vom 13. November, die die Einladung zu einer Konferenz über die Errichtung eines Systems der kollektiven Sicherheit in Europa enthielt, haben Ende der vergangenen Woche eine Reihe von Delegationen, darunter die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik, der auch unser Parteivorsitzender Otto Nuschke angehört, die Reise nach Moskau angetreten. Begleitet werden die Abordnungen von den Hoffnungen der friedliebenden Völker, die nichts dringlicher ersehnen, als Sicherheit auf lange Sicht!

In der Einladungsnote hat die Sowjetregierung festgestellt, daß eine Ratifizierung der Abkommen von London und Paris die gesamte Lage in Europa in hohem Maße komplizieren und die Möglichkeiten zur Regelung der ungelösten europäischen Probleme, vor allem des deutschen Problems, untergraben würde. Diesen Gedanken hat der sowjetische Außenminister Molotow in seinem „Prawda“-Interview noch einmal, und das fast wörtlich, wiederholt, im übrigen aber hinzugefügt, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands den Weg zur nationalen Wiedervereinigung Deutschlands versperren werde.

Dieser Hinweis zeigt uns, daß gerade wir Deutschen in erster Linie daran interessiert sind, daß der Weg, den die Sowjetregierung mit ihrer Note vom 13. November in Fortsetzung ihrer Haltung auf der Berliner Außenministerkonferenz im Januar beschritten hat, zu Ende gegangen wird. Zu beachten ist dabei noch, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands nicht nur den Weg in die von uns allen so heiß ersehnte Wiedervereinigung versperrt, sondern auch die friedliche Zukunft Deutschlands gefährdet.

Es gab ein großes Aufsehen, als dieser Tage in einer Wahlversammlung der Deutschen Partei im Berliner Sportpalast ein Versammlungsstil vorgeführt wurde, der mit seiner einstündigen Marschmusik und seinen Gewaltakten an jene „Bewegung“ erinnerte, die einst vom Sportpalast aus sich Deutschland unterworfen hat. Daß es erneut hat dahin kommen können, daß eine Partei, die immerhin der Bonner Regierungskoalition angehört, den Neofaschismus in aller Offenheit praktizieren kann, das ist auch eine Folge der Remilitarisierung. In dieser Atmosphäre sind heute Gewaltakte in Versammlungen möglich, kann der Geist des Krieges abermals die Köpfe vernebeln, bis dann der Zeitpunkt kommt, wo die erneut dem Barras unterworfenen deutsche Jugend auf einer Straße in Marsch gesetzt wird, die flankiert ist von den Gräbern vieler Millionen Gefallener.

Ein westdeutscher Journalist hat gesprächsweise geäußert, wenn man Adenauer schon 1932 in seiner heutigen Machtfülle gehabt hätte, dann hätte man Hitler nicht gebraucht. Gewiß nicht, denn das Programm ist, was die Zielsetzung betrifft, dasselbe. Sie sind allesamt in ihrer alten Haut steckengeblieben, die Reaktionen aus der Zeit von dem zweiten Weltkrieg. Und so brennen sie nur danach, den Weg Hitlers noch einmal zu gehen. Charakteristisch dafür ist das Eingeständnis Churchill's, daß er schon 1945, zu einer Zeit, als Engländer und Amerikaner noch gemeinsam Hitler verbluteten, Vorbereitungen dafür getroffen hat, um mit den Nationalsozialisten gemeinsam gegen den sowjetischen Waffengefährten vorzugehen. In dieser Politik der Unehrlichkeit, der Hintergründigkeit, der Bereitschaft zum Treubruch, haben wir die Quelle für das Mißtrauen, das die weltpolitische Entwicklung seit 1945 so sehr über-

Wahlen in Bayern und Hessen

Berlin (NZ). Heute werden in Bayern und Hessen die Länderparlamente neu gewählt. In Bayern regierte nach 1946 die CSU zunächst allein, seit 1953 besteht eine Koalitionsregierung, an der auch die SPD und der BHE beteiligt sind. Hessen war bisher eine Hochburg der SPD. Neu zu wählen sind in Bayern 204 Abgeordnete, in Hessen 96. Stärker als bei den Wahlen in Schleswig-Holstein galt diesmal das Interesse der Wähler den großen, entscheidenden Fragen der deutschen Politik. Dabei kam es, wie mehrfach gemeldet, zu scharfen Protesten gegen die Remilitarisierungspolitik und ihre Befürworter.

Am nächsten Sonntag folgen den Wahlen in Süddeutschland und Hessen die Wahlen in Westberlin.

Deutsche Demokratische Republik

Gefälschte Konsum-Umsatzmarken

Berlin (ADN). Die Pressestelle des Ministeriums des Innern teilt mit: In einigen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Großberlin werden durch feindliche Agenten gefälschte Konsum-Umsatzmarken unter Anwendung verschiedenster Methoden verbreitet. Die wichtigsten Merkmale der Fälschungen sind: 1. Die falschen Marken unterscheiden sich von den echten Marken durch einen helleren Ton der aufgedruckten Farben. 2. Der Druck ist unscharf und die Konturen der Linien laufen stellenweise ineinander. 3. Das für die Herstellung der Fälschungen verwendete Papier ist heller als das echten Marken. Vor einer Benutzung aller durch die Post zugestellten oder von gefundenen Umsatzmarken wird gewarnt. Sie sind der Volkspolizei zu übergeben. Wer solche Marken verwendet, setzt sich der Gefahr aus, strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden.

4. FDGB-Kongreß im Mai 1955

Berlin (ADN). Der 4. FDGB-Kongreß ist für Mai 1955 nach Berlin einberufen worden. Dies beschloß der FDGB-Bundesvorstand am Sonnabend zum Abschluß seiner 13. Tagung. Den Auftakt zur Neuwahl der Gewerkschaftsleitungen bildet die im Januar beginnende Wahl der unteren Gewerkschaftsleitungen.

Westdeutschland

Um die Koproduktion im Film

Hamburg (NZ/ADN). Vertreter der DEFA und des Verbandes Deutscher Filmproduzenten e. V. trafen sich in Hamburg zu einem Gedankenaustausch über die Möglichkeit von Gemeinschaftsproduktionen. Es wurde festgestellt, daß derartige Koproduktionen zum Zwecke einer Risikominderung der Partner, einer Zusammenfassung der künstlerischen und technischen Kräfte sowie der Herstellung von qualitativ vollen Filmen für die gesamtdeutsche Bevölkerung anzustreben sind.

Finanzminister gegen Steuerreform

Bonn (NZ/ADN). Die Finanzminister der Länder sprachen sich auf einer Sitzung in Bonn gegen die Große Steuerreform und gegen die Finanzreform der Adenauer-Regierung aus. Sie empfahlen dem Bundesrat, den Vermittlungsausschuß anzurufen.

DP und BHE: Kriegsverbrecher freilassen

Bonn (NZ/ADN). Die Bundestagsfraktionen der DP und BHE haben eine Große Anfrage an die Bonner Regierung gerichtet, die die Freilassung aller deutschen Kriegsverbrecher noch vor der Ratifizierung der Pariser Verträge fordert.

Ausland

Mikojan bei Kekkonen

Helsinki (NZ/ADN). Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Mikojan, der an der Spitze einer sowjetischen Delegation in Finnland weilte, stattete dem finnischen Ministerpräsidenten Kekkonen einen Besuch ab. Zu Ehren Mikojans gab der finnische Außenminister ein Essen, an dem auch Ministerpräsident Kekkonen teilnahm.

Neun Kinder verbrannten

Helsinki (ADN). Bei einem Brand in einem Kinderheim in Riia in Südfinnland kamen neun Kinder ums Leben. Das Unglück war durch ein Kind hervorgerufen worden, das unvorsichtig mit einer Kerze gespielt hatte.

Terror gegen DDR-Kulturgruppen

Westdeutsche Polizei geht brutal gegen Kinder und Jugendliche vor

Berlin (ADN). Der ständig wachsende Verstandigungswille der Deutschen in Ost und West und ihr entschiedener Kampf gegen die Remilitarisierungspläne Adenauers bringen das Adenauer-Regime in eine immer verzweifelter Lage. In ihrer Ausweglosigkeit greifen die Remilitarisierungspolitiker immer offener zu Methoden des Terrors.

Am Freitag, dem 26. November 1954, gegen 15 Uhr nachmittags wurden die Mitglieder einer Kinderkulturgruppe, die westdeutsche Bürger mit Tanz, Spiel und Gesang erfreuen wollten, an der Zonengrenze bei Helmstedt von der Adenauer-Polizei festgesetzt.

Am Sonnabend, dem 27. November 1954, gegen 11 Uhr vormittags wurde an der gleichen Stelle eine Kulturgruppe mit Jugendlichen aus dem Kunstseidenwerk Pirna, die einer Einladung der „Wuppertaler Spatzen“ gefolgt war, von westlicher Polizei aus ihren Autobussen getrieben und zu einem mehrstündigen Verhör gezwungen. Dabei versuchten die Ade-

nauer-Schergen, Jugendliche gewaltsam auf westdeutschem Boden festzuhalten. Als die Jugendlichen empört dagegen protestierten, wurden sie in Begleitung von mehr als 20 Polizisten wie Gefangene an die Demarkationslinie zurückgebracht, wo sie von unserer Grenzpolizei in Empfang genommen und betretet wurden. Die sechs Omnibusse der beiden Kulturgruppen wurden widerrechtlich beschlagnahmt und der Reisebegleiter der Kulturgruppe des Kunstseidenwerkes Pirna in Haft gehalten.

Mit Empörung und Protest nimmt die Bevölkerung und besonders die Jugend in Ost und West von diesen beschämenden Vorfällen Kenntnis und erhebt die selbstverständliche Forderung, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen des Interzonenreiseverkehrs gerichteten Willkürmaßnahmen der Adenauer-Behörden sofort einzustellen und die widerrechtlich beschlagnahmten Omnibusse ihren Besitzern zurückzugeben.

Verbesserung des Bauwesens

Walter Ulbricht sprach mit Bauarbeiteraktivisten der Stalinallee

Berlin (ADN). Am 26. November 1954 fand unter Teilnahme leitender Mitarbeiter des Ministeriums für Aufbau und des Präsidenten der Deutschen Bauakademie eine Beratung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrats, Walter Ulbricht, mit Nationalpreis-trägern, Verdienten Aktivisten und Bauleitern der Baustellen der Stalinallee sowie Betriebsleitern Berliner Baubetriebe statt.

In der Aussprache unterbreiteten die Teilnehmer von den Baustellen dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, Walter Ulbricht, Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit der staatlichen Organe der Bauwirtschaft und der Projektierungsbüros. Um den Projektierungsvorlauf sicherzustellen, wurden konkrete Maßnahmen beraten. Sie werden

dazu beitragen, daß ein kontinuierlicher Bauablauf garantiert wird und die bautechnischen und Baukostenunterlagen rechtzeitig bei Baubeginn vorliegen. Die Sicherung des Projektierungsvorlaufes soll auch dazu beitragen, eine echte Preis- und Materialverbrauchs-kalkulation durchzuführen.

Weiter wurden Maßnahmen festgelegt, die zur Senkung der Baukosten und zur Verbesserung der Bautechnik führen. Ausführlich wurden auch Fragen der Winterfestmachung und des Bauens in der Frostperiode besprochen.

Das Ergebnis der Beratung wird in einem Dokument des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik seinen Niederschlag finden und zu einer wesentlichen Verbesserung auf dem Gebiet unseres Bauwesens führen.

SOS-Rufe aus der Nordsee

Schwere Stürme auch auf dem Atlantik – Zwölf Schiffe in höchster Seenot

Berlin (NZ). Aus der Nordsee und dem ganzen atlantischen Ozean werden schwere Stürme gemeldet. Nach letzten Meldungen sind zwölf Schiffe in Seenot geraten. Stündlich treffen jedoch neue SOS-Rufe vom Meere ein. Ein deutsches Motorschiff, drei schwedische, zwei norwegische und zwei dänische Dampfer sowie je ein britisches, schwedisches, griechisches und panamesisches Schiff strandeten oder drohen zu kentern. Die Wellen, die von dem Piloten eines RAF-Flugzeuges als „berghoch“ bezeichnet werden, haben auf zahlreichen Schiffen die Deckladung von Bord gespült. Andere Schiffe wieder mußten aus Sicherheitsgründen Ladung über Bord werfen.

Bei Gotska Sandö vor der schwedischen Küste strandete das Hamburger Motorschiff

„Anna Rehder“. Sieben Mitglieder der Besatzung konnten bisher an die Küste gebracht werden, die anderen harren noch an Bord aus.

Der norwegische Dampfer „Granfoss“ wurde vor der schottischen Küste leck und sinkt. Ein anderer Dampfer hat das in Seenot geratene Schiff ins Schlepptau genommen. Ein holländischer Flugzeugträger und ein Zerstörer sind zur Hilfeleistung ausgelaufen. Die Besatzung der „Granfoss“ teilte durch Funk mit, daß sie so lange wie möglich an Bord bleiben wolle.

Der starke Sturm hat sogar das Auslaufen des Ozeanriesen „Queen Mary“ aus dem Hafen Southampton verhindert.

Dem Sturm gingen in West-England tagelange Regengüsse voraus, die jetzt zu starken Überschwemmungen geführt haben.

Weltweite Gemeinschaft des Glaubens

(Fortsetzung von Seite 1)

sich nicht. Der Glaube sieht jeden Tag und jede Stunde neu. Das Prophetische der Heiligen Schrift und des Glaubens offenbart sich eben in der unschematischen, unmittelbaren Erfassung der Lage. Aber es gibt eine Kontinuität des Glaubens.

Karl Barth möchte uns nahebringen, daß die Frage der Wiederbewaffnung die Frage ist, von deren Beantwortung die Zukunft Deutschlands, Europas und der Welt abhängt. Er sieht ganz klar, daß man die heutige Welt nicht mechanisch in eine kommunistische und anti-kommunistische Hälfte teilen darf, und daß zu unseren Mitarbeitern und Arbeitsgenossen alle die Menschen gehören, die mit schrecklichen Opfern und großen Leiden den Kampf gegen den Ungeist des morbiden Nationalismus und Militarismus von 1933 bis 1945 geführt haben. Welche Geistesverwirrung und Blindheit gehört dazu, die Erwählung kommunistischer Antifaschisten von einer Trauerfeier zu verdammern und zugleich diejenigen Elemente zu Wort und zur Leitung des Staates und der in

Errichtung befindlichen westdeutschen Armee zuzulassen, die das deutsche Volk schon einmal beinahe zugrunde gerichtet haben! Karl Barths Worte sollten als erste Warnung an das deutsche Volk gehört und geachtet werden.

4. Wie ist der Entschluß des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland bei Ihnen in der Tschechoslowakei aufgenommen worden, wonach eine Delegation der deutschen evangelischen Kirchen in der CSR besuchen wird?

Antwort: Wir begrüßen die Bereitschaft der EKD, eine Delegation von Theologen und Geistlichen zu uns zu schicken. Wir freuen uns, daß wir dadurch unsere großmütige Annäherung und unser gegenseitiges Verständnis, was bereits Gestalt angenommen hat, weiter fördern werden. Es muß wirklich eine Kirchenangelegenheit auf der kirchlichen Ebene sein. Unsere Kirchen und Theologischen Fakultäten werden alles tun, um die deutschen Brüder warm zu empfangen, ihnen zu einem tiefen Verständnis unserer Arbeit zu verhelfen und von ihnen zu lernen.

Mehr persönliche Wachsamkeit!

Einem Artikel von Ernst Wollweber entnehmen wir folgende wichtige Hinweise:

Mit den kürzlich geführten großen Schlägen gegen die Spionageorganisation Gehlen konnte ein großer Teil des Agentennetzes dieser Spionageorganisation in der Deutschen Demokratischen Republik vernichtet werden. Dadurch wird der gegnerische Apparat natürlich zeitweilig in einem gewissen Umfange geschwächt, aber er ist noch nicht vernichtend geschlagen.

Fast alle feindlichen Agenturen und Organisationen beschäftigen sich mit Sabotagetätigkeit in der Industrie, Landwirtschaft, im Handel und Verkehr. Jede dieser Organisationen hat ihre Spezialgebiete, aber die Wirtschaftssabotage ist ihnen allen gemeinsam. Die Arbeit dieser verbrecherischen Agenturen konzentriert sich in der Hauptsache auf die Störung der Produktion, der reibungslosen Materialversorgung der Betriebe, der Erfassung landwirtschaftlicher Produkte und der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und sonstigen Konsumgütern.

Die notwendige verstärkte Fortführung des Kampfes, insbesondere gegen Saboteure, erfordert eine erhöhte persönliche Wachsamkeit. Wachsamkeit bedeutet, daß man auch gegenüber scheinbar nicht wichtigen Tatsachen aufmerksam ist.

Die wichtigsten Agentenzentralen werben nicht planlos, sondern nach Schlüsselpunkten. Darum muß man sich die Menschen an den Schlüsselpunkten betrachten: ihre politische Vergangenheit, ihre soziale Herkunft, ihren früheren Beruf, ihre frühere Heimat, ihre ganze Entwicklung. Natürlich muß man sich nicht mit allen Menschen an den Schlüsselpunkten beschäftigen, sondern mit denjenigen, bei denen etwas nicht klar ist. Oft zeigt sich das bereits im Verhalten solcher Menschen. Sie sind unsicher oder sie versuchen Sicherheit durch forsches Auftreten vorzutäuschen.

Wachsam sein heißt, den Menschen in seinen Beziehungen zu anderen Menschen und in seiner Einstellung zur Arbeit zu betrachten und ihn nach den Ergebnissen seiner Arbeit zu beurteilen. Deshalb muß der ehrliche Mensch aufmerksam sein gegenüber dem, der sich für etwas interessiert, was er nicht zur eigenen Arbeit braucht. Je schwerer die Arbeit für einen Agenten wird, desto leichter ist er zu fassen. Wenn aber die Arbeit der Agenten durch bürokratische Arbeitsweise, durch Unverantwortlichkeit, Unfähigkeit oder Verletzung der notwendigen Geheimhaltung oder durch leichtfertiges Liegenlassen von geheimen Dokumenten erleichtert wird, dann ist es umso schwerer, sie zu fassen. Deshalb muß gegen alle diese Erscheinungen ein ununterbrochener Kampf geführt werden.

Abwehr heißt nicht nur, daß die Organe für Staatssicherheit durch die Lösung ihrer speziellen Aufgaben, durch die erhöhte Wachsamkeit der Bevölkerung feindliche Agenturen unschädlich machen. Das heißt vielmehr auch, daß wichtige Objekte vor der Sabotagetätigkeit von außen geschützt werden. Dazu gehören zum Beispiel die Industriebetriebe und Verkehrsanlagen, die MTS und die Lager und Speicher, und zwar sowohl auf dem Lande wie in den Städten. Die Volkspolizei, die Transportpolizei und der Betriebsschutz haben dabei wichtige Aufgaben zu erfüllen. Dazu ist es notwendig, daß jedem Angehörigen der Volkspolizei, des Betriebsschutzes das Bewußtsein seiner großen Verantwortung im Kampf gegen feindliche Agenturen klar wird. Man darf nicht glauben, seine Pflicht schon mit formaler Ausweiskontrolle erfüllt zu haben. Einmal haben viele Agenten formal durchaus „in Ordnung“ befindliche Papiere, zum anderen arbeitet der Gegner mit Fälschungen. Das wachsame Auge der Angehörigen der Volkspolizei und des Betriebsschutzes darf sich nicht nur auf die Ausweispapiere richten, sondern auch auf das Verhalten der Menschen.

Die Schlüsselpunkte eines Betriebes oder einer Anlage müssen begreiflicherweise besonders geschützt werden, weil davon mitunter der ganze Betrieb oder die ganze Anlage abhängt. Es kommt aber nicht nur darauf an, daß die Angehörigen der Volkspolizei und des Betriebsschutzes wachsam sind. Sie müssen Unterstützung durch die Wachsamkeit aller ehrlichen Menschen erhalten. Einzelne oder Gruppen müssen den Schutz von Einrichtungen in Zusammenarbeit mit den Staatsorganen und mit dem Betriebsschutz übernehmen.

Besondere Aufgaben ergeben sich in diesem Zusammenhang auch auf dem Gebiete der